

ARMIN OSMANOVIC

DEMOKRATIE AUF DEM RÜCKZUG

**AUTORITARISMUS UND NATIONALISMUS BEDROHEN AUCH AUF DEM
AFRIKANISCHEN KONTINENT DEN GESELLSCHAFTLICHEN FORTSCHRITT**

Die Demokratie ist an vielen Orten der Welt auf dem Rückzug. In den vom Neoliberalismus zerrütteten Gesellschaften finden die neuen autoritären PopulistInnen die Deklassierten, die sie brauchen, um die Demokratie im Namen der «nationalen Erneuerung» (*make America great again*) einzuschränken oder gar abzuschaffen. Auch um die Zukunft der Demokratie in den afrikanischen Ländern ist es nicht gut bestellt.

ENTTÄUSCHTE HOFFNUNGEN

Die Demokratisierungswelle der 1990er Jahre erfasste nicht nur viele ehemals kommunistische Staaten, sondern auch einige afrikanische Länder südlich der Sahara. In Kamerun gingen die Menschen auf die Straße und erreichten 1992 ein Mehrparteiensystem. Gleiches geschah in Togo, wo Anfang der 1990er Jahre Regierung und Opposition eine neue demokratische Verfassung verabschiedeten. In Südafrika machte der *wind of change* dem rassistischen Apartheidregime ein Ende. 1994 wurde Nelson Mandela zum neuen Präsidenten gewählt. Erste freie Wahlen gab es im selben Jahr auch in Mosambik, das seit 1975 in einem blutigen Bürgerkrieg zwischen der linksgerichteten Mosambikanischen Befreiungsfront (FRELIMO) und dem antikommunistischen Nationalen Widerstand Mosambiks (RENAMO)¹ gefangen gewesen war. In Äthiopien kam es 1995 zum Wechsel: Die Kommunisten hatten mit Mengistu² an der Spitze von 1977 bis 1991 regiert und im Zuge des äthiopischen «Roten Terrors» Hunderttausende getötet. Und schließlich musste 1997 der Langzeitdiktator Mobutu Sese Seko in der Demokratischen Republik Kongo seine Macht abgeben. Ihn hatte der Westen trotz größter Menschenrechtsverletzungen seit seinem Putsch 1965 als Bollwerk gegen den Kommunismus unterstützt.

Schnell geriet der Demokratisierungsprozess in den afrikanischen Staaten südlich der Sahara ins Stocken. In Togo hielt sich trotz der Demokratisierungsbestrebungen der Opposition Etienne Gnassingbé Eyadéma bis zu seinem Tod im Jahr 2005 mit Gewalt und Folter an der Macht.³ Bis heute regiert sein Sohn das Land. In Kamerun herrscht seit 1982 Paul Biya. 2008 änderte er die Verfassung, um weiter an der Macht bleiben zu können. Die Opposition sprach damals von einem «konstitutionellen Staatsstreich». In der DR Kongo klebt Joseph Kabila, der das Amt von seinem 2001 ermordeten Va-

ter Laurent Kabila erbt, am Präsidentenstuhl. Er will trotz heftiger Proteste der Opposition die Verfassung ändern und ein drittes Mal kandidieren und hat daher die Wahlen, die für Ende 2016 vorgesehen waren, um ein Jahr verschoben. In Äthiopien hat sich nach dem demokratischen Übergang 1995 eine Staatspartei (Ethiopian People's Revolutionary Democratic Front) etabliert, die die Macht nicht aus der Hand geben will und die dabei auch nicht vor Gewalt und Repression zurückschreckt. Und in Südafrika bricht Präsident Jacob Zuma das Gesetz, greift das Amt des «Public Protector» an, der seiner Funktion nach in Südafrika etwa dem Bundesrechnungshof in Deutschland entspricht und den Missbrauch staatlicher Mittel beim Bau des Privathauses des Präsidenten aufdeckt hatte, und bleibt weiter im Amt.

Der Rückzug der Demokratie auf dem afrikanischen Kontinent passt ins aktuelle Bild, wonach autoritäre PopulistInnen in Europa, in den USA und anderswo demokratische Gesellschaften angreifen und verändern. Bei aller Verschiedenartigkeit – vor allem angesichts schwacher Staaten in Afrika, die sich als Gatekeeper-Staaten⁴ darauf konzentrieren, den Rohstoffhandel abzuschöpfen, und keine umfassendere Kontrolle über die Gesellschaft ausüben – kann die Betrachtung der Krise der Demokratie in den afrikanischen Ländern helfen, den sich weltweit ausbreitenden Autoritarismus und Neonationalismus besser zu verstehen. Die Demokratien sind weltweit so stark bedroht wie zuletzt in den 1920er und 1930er Jahren, als in Italien, Spanien, Portugal, Polen, Ungarn und Deutschland autoritäre, faschistische und nationalsozialistische Bewegungen die Demokratien abschafften.

Die Demokratisierung der 1990er Jahre sollte nicht nur Freiheit, sondern auch wirtschaftlichen und sozialen Fortschritt für die afrikanischen Länder bringen, denn das Jahrzehnt davor war durch eine tiefe Wirtschaftskrise gekennzeichnet, sodass dieses auch auf dem afrikanischen

Kontinent, wie in Lateinamerika, als ein «verlorenes» gilt. Gleich dem afrikanischen Aufbruch nach dem Ende des Kolonialismus war die Hoffnung auf Demokratisierung in den 1990er Jahren mit einem besseren Leben verbunden. In Südafrika versprach Nelson Mandela 1994 nicht weniger als «a better life for all» («ein besseres Leben für alle»).

Die mit dem demokratischen Aufbruch verbundenen Hoffnungen auf ein besseres Leben in den 1990er Jahren wurden jedoch nur selten erfüllt. In Südafrika führte die demokratische Politik zwar dazu, dass sich eine schwarze Mittelschicht etablieren konnte – der Großteil der schwarzen Bevölkerung blieb jedoch arm. Aus der Rassengesellschaft am Kap ist eine Klassengesellschaft geworden, in der sich viele Menschen weiterhin als überflüssig empfinden. Über die Lebenschancen jedes einzelnen Menschen entscheidet – wie Robert Putnam in seiner Studie «Our Kids: The American Dream in Crisis» für die USA zeigt⁵ – auch in Südafrika die Familie mit ihren finanziellen Ressourcen und ihrem sozialen Kapital, ihrem Netzwerk an wichtigen Verbindungen.

Die Chancenlosigkeit hat sich in den afrikanischen Ländern in den vergangenen Jahren verfestigt. Die soziale Mobilität ist gering. Was bleibt, ist oft die Emigration. Die Privatisierung der Lebenschancen durch die Verwahrlosung von Schulen und Universitäten, nicht zuletzt durch die von Weltbank und Internationalem Währungsfonds verordneten Sparprogramme, lässt die Lebenswege von Kindern armer und wohlhabender Familien rapide auseinanderdriften. Der wirtschaftliche Aufschwung afrikanischer Staaten seit Anfang der 2000er Jahre kommt denn auch nur einer kleinen Minderheit zugute.

ALTE UND NEUE SÜNDENBÖCKE

Die soziale Desintegration hat die Demokratie auf dem afrikanischen Kontinent geschwächt. Wahlen scheinen kaum oder keine Auswirkungen auf das eigene Leben zu haben, PolitikerInnen und Verantwortliche in Regierungen und Unternehmen scheinen sich nicht um die Wünsche der Bevölkerung zu scheren. WählerInnen in afrikanischen Ländern unterscheiden sich in ihrer Enttäuschung wenig von den sich als «überflüssig» fühlenden Menschen in Europa oder den USA.

In den Ländern südlich der Sahara scheiterten die meisten Demokratisierungsbewegungen an den Eliten, die den Sturm und Drang der Protestierenden überdauerten, indem sie zu Gewalt griffen, Menschen ins Gefängnis steckten, folterten oder des Landes verwiesen, vor allem aber, indem sie ihr Geld und ihren Einfluss spielen ließen und sich mit einem Teil der Masse verbündeten, den sie versorgten und mit Versprechungen bei der Stange hielten, und besondere Bevölkerungsgruppen zu Sündenböcken machten.

Die Vorgehensweise, eine bestimmte Gruppe zum Sündenbock zu machen, ist in der Politik oft anzutreffen. In Südafrika etwa sind es Menschen aus anderen afrikanischen Ländern, die für die soziale Misere verantwortlich gemacht werden. 2015 kam es – wie schon 2008, als über 60 MigrantInnen bei Pogromen in Südafrika getötet wurden – zu rassistischen Ausschreitungen. Geschäfte wurden niedergebrannt, Menschen mussten fliehen, unter ihnen besonders viele MosambikanerInnen, die eigentlich nach Südafrika gekommen waren, um für sich und ihre Familien ein besseres Leben zu finden. Öl ins Feuer goss der Zulu-König Zwelithini, der die MigrantInnen als «Ungeziefer» bezeichnete und sein Verständnis für die Ausschreitungen zum Ausdruck brach-

te.⁶ Im Februar 2017 kam es wieder zu Gewalt gegen Menschen aus anderen afrikanischen Ländern.⁷

In der Elfenbeinküste waren es ImmigrantInnen aus dem Norden, die Ende der 1990er Jahre zum Sündenbock für die soziale Krise gemacht wurden. Das galt auch für den damaligen Kandidaten und heutigen Präsidenten Allasane Ouattara, dem sein Widersacher Laurent Gbagbo absprach, ein echter Ivorer zu sein. Ivorität, der Grad «nationaler Reinheit», wurde zu einem Kriterium, das über den Zugang zu staatlicher Hilfe und Arbeit sowie über die Teilhabe an demokratischen Rechten entscheiden sollte. Auch das hat seine Geschichte. Vor der Unabhängigkeit kam es in den gemischten Gesellschaften Westafrikas zu Pogromen gegen Menschen aus anderen afrikanischen Regionen, als die neu gebildeten staatlichen Strukturen, die regionalen Verwaltungseinheiten, im Entkolonialisierungsprozess Macht gewannen, so dass ein Wettbewerb über den Zugang zu diesen Stellen und ihren Leistungen entbrannte. In diesem Wettbewerb wurde die Nationalität zum Kriterium.⁸ Ähnliches droht heute in Frankreich, wo immerhin (oder nur) 21 Prozent der Befragten Franzosen und Französischen bei der Arbeitssuche einen Vorrang einräumen wollen, wie dies die rechtsextreme Präsidentschaftskandidatin Marine Le Pen vorgeschlagen hat.⁹ In Südafrika ist die Privilegierung von Arbeitskräften mit südafrikanischer Staatsangehörigkeit schon seit einigen Jahren arbeitsrechtliche Realität, sodass Unternehmen gezwungen sind, MigrantInnen zu entlassen, wenn deren Aufenthaltsgenehmigung abläuft. Diese sind nicht selten gezwungen, das Land mit ihren Familien zu verlassen oder sich in die Illegalität zu begeben.

Zu einem Sündenbock neuen Typus sind in afrikanischen Ländern in den letzten Jahren, wie anderswo auch, internationale Nichtregierungsorganisationen (NGO) gemacht worden. Manchmal ist die Arbeit der NGOs tatsächlich problematisch, wenn sie etwa an die Stelle des Staates treten, wie in Mali geschehen, und dabei die Staatlichkeit, wenn auch meist nicht willentlich, aushöhlen helfen.¹⁰ Die internationalen Ruhestörer sind bei nicht wenigen Regierenden unbeliebt. So unterstützen die NGOs die afrikanischen Zivilgesellschaften in ihrem Kampf gegen Verträge zwischen internationalen Bergbaumultis und afrikanischen Regierungen, da diese oft nur der fortgesetzten Ausbeutung von afrikanischen Ressourcen und Menschen dienen, oder halten WissenschaftlerInnen und Medien dazu an, ihre demokratischen Rechte einzufordern. Da geht es diesen Organisationen in afrikanischen Ländern genauso wie der jüngst in Europa in das Fadenkreuz der Mächtigen geratenen Open Society Foundations¹¹ des Finanzjongleurs George Soros, die sich vor allem in Ungarn und Polen sowie auf dem Balkan bei den dortigen autoritären Regierungen viele Feinde gemacht hat.

Meist werden die NGOs in den afrikanischen Ländern in aller Stille bekämpft. Die Regierungen bemühen dazu neue Gesetze, die die Arbeit internationaler Organisationen behindern oder unmöglich machen – wie in Äthiopien, wo die Heinrich-Böll-Stiftung ihr Büro aufgeben musste. Nur selten wird zu Methoden offener Einschüchterung gegriffen, wie dies die Konrad-Adenauer-Stiftung in Ägypten erfahren musste. In ihrem Versuch die lästigen Kontrolleure loszuwerden, werden die internationalen NGOs häufig als ausländische Institutionen mit feindlichen Interessen oder gar als Agenten des Auslands bezeichnet. Im Falle von George Soros, einem US-Amerikaner mit ungarisch-jüdischen Wurz-

zeln, kommt noch Antisemitismus hinzu, der die Arbeit der von ihm finanzierten Stiftung und ihrer vielen Partner in europäischen und afrikanischen Staaten diskreditieren soll.

POLITIK UND MOB

Beispiele für fehlende demokratische Grundsätze der Politik in afrikanischen Staaten gibt es zahlreiche: Der südafrikanische Präsident Zuma und seine Regierung missachteten einen Strafbefehl eines südafrikanischen Gerichts. Der vom Internationalen Strafgerichtshof wegen Verbrechen gegen die Menschlichkeit in seinem Land gesuchte sudanesischer Präsident Omar al-Baschir sollte in Johannesburg, wohin er für einen Gipfel der Afrikanischen Union im Juni 2015 gekommen war, eigentlich festgenommen werden. Doch Zumas Regierung half ihm, Südafrika vor dem Zugriff der Polizei rechtzeitig zu verlassen.¹² In der DR Kongo hält es Präsident Joseph Kabila nicht so genau mit der Verfassung. Sie sieht eine Amtszeitbeschränkung des Präsidenten auf zwei Perioden vor. Er will aber weitermachen, entfacht Unruhen und zögert die Präsidentschaftswahlen einfach hinaus. Afrikanische Eliten unterscheiden sich in ihrer Missachtung von Demokratie und Recht nicht von PolitikerInnen in Polen, Ungarn oder den USA.

Autoritäre Politik braucht in ihrem Vorgehen gegen bestimmte Organisationen und Gruppen – seien es internationale NGOs oder Menschen mit Migrationshintergrund – immer auch den Mob, wie Hannah Arendt diese aus allen Klassen und Schichten stammenden sozial desintegrierten und daher verunsicherten Menschen bezeichnete. Auch gemäßigte PolitikerInnen laufen diesen Bewegungen nicht selten hinterher, weil sie glauben, der krakeelende Mob sei identisch mit dem Volk.¹³ Autoritäre PopulistInnen – ob in der Opposition oder an der Macht – geben immer vor, Volkswillen zu exekutieren. Donald Trump ist dafür ein gutes Beispiel. Die Bundeskanzlerin Merkel begrüßte er im Weißen Haus oder wie er sagte «In the People's White House». Und in der Tat stützt sich der autoritäre Populist auf einen Teil des Volkes, das der Demokratie überdrüssig ist, vor allem weil diese Menschen sich nicht ernst genommen fühlen.¹⁴ Der mangelnde Respekt einiger PolitikerInnen vor demokratischen Prinzipien und dem Recht sind eine große Gefahr für die Demokratie, ob in afrikanischen Staaten oder Europa. Doch Gefahr droht vor allem dort, wo PopulistInnen und der Mob gemeinsame Sache machen können, weil sich gemäßigte PolitikerInnen und der Rest der Bevölkerung Angst einjagen lassen: Dort brennen Flüchtlingsunterkünfte, dort entstehen grenznahe Auffanglager für Geflüchtete, dort werden MedienvertreterInnen genauso in ihrer Arbeit behindert wie zivilgesellschaftliche Organisationen.

Weimar ging am Ausverkauf der Demokratie durch einen Teil der Eliten an Hitler zugrunde. Ein einflussreicher Teil der bürgerlichen Rechten wollte nach der Schmach der Niederlage im Ersten Weltkrieg zurück in die Vergangenheit, propagierte die Abschaffung der Demokratie und den Wiederaufstieg Deutschlands zur Weltmacht. Die Masse der Bevölkerung war vom parlamentarischen Betrieb wegen der Massenarbeitslosigkeit und der Propagandamaschine gegen die «Schwatzbude» Reichstag entfremdet. Der Abbau der Demokratie und des Rechts gingen im Naziregime rasend voran, vor allem wegen der Rücksichtslosigkeit des Regimes, aber auch weil Demokratie- und Rechtsverständnis schon vor der Machtergreifung Hitlers ausgehöhlt waren und es an starken zivilgesellschaftlichen Kräften fehlte.

DIE ZUKUNFT DER DEMOKRATIE IST IN GEFAHR – SÜDAFRIKA UND SENEGAL

Die Demokratie ist an vielen Orten der Welt auf dem Rückzug. Autoritäre PopulistInnen finden in der vom Neoliberalismus zerrütteten Massengesellschaft den Mob, den sie brauchen, um die Demokratie einzuschränken oder gar abzuschaffen. Der Grad der sozialen Desintegration hat ein bedrohliches Maß angenommen ebenso wie die Masse deklassierter Menschen, die ihrer Meinung nach nicht ernst genommen werden von «denen da oben». Wie steht es also um die Zukunft der Demokratie in den afrikanischen Ländern? Zwei ganz unterschiedliche Länder können als Ausgangspunkte einer Diskussion über die Zukunft der Demokratie und ihre Gefährdung dienen: Südafrika und Senegal, das eine Land eine junge afrikanische Demokratie, das andere eine der ältesten und stabilsten Demokratien des Kontinents.

Kaum ein anderes Land leidet so wie Südafrika an der sozialen Desintegration. Armut, Ungleichheit, zerrüttete Familien, Drogenmissbrauch und Gewalt sind Kennzeichen der südafrikanischen Gesellschaft. In den letzten Jahren ist im Zeichen von Neoliberalismus und unter eklatanter Missachtung der Probleme im Land durch die Regierenden die Kluft zwischen den jungen Menschen mit guten und denen mit schlechten Lebenschancen immer größer geworden. Brennende Häuser, fliehende und tote MigrantInnen sowie unzählige Demonstrationen und Aufstände zeigen die Gefahr, in der das Land 23 Jahre nach den ersten freien und demokratischen Wahlen steckt. Die Zahl der Menschen, die für eine vorgestellte bessere Zukunft alles zerstören wollen, wächst. Es fehlt nur noch jemand, der oder die das Kommando übernimmt. Als starker Mann fühlt sich Julius Malema, der frühere Chef der ANC-Jugendorganisation. Er hat vor einigen Jahren eine neue Bewegung gegründet, die Economic Freedom Fighter. Malema bietet einfache Antworten auf die großen Probleme im Land. Für ihn sind die Weißen Schuld, die Kolonialisten, die Apartheidherren, die weißen FarmerInnen. Malema propagiert, wie sein Mentor, der simbabwische Präsident Robert Mugabe, als Lösung die Enteignung der weißen Farmen, die Umverteilung des Reichtums. Nelson Mandelas und Desmond Tutus Idee der Regenbogenation ist für ihn keine Option mehr. Er will den zweiten Teil der Revolution – nach der Freiheit die Gleichheit – erzwingen. Bei den letzten Kommunalwahlen im Jahr 2016 haben nur 8,2 Prozent der WählerInnen sich für Malemas Hauruck-Autoritarismus entschieden.

Im Westen des afrikanischen Kontinents liegt das kleine Land Senegal, dessen Besonderheit darin besteht, dass es im Gegensatz zu vielen Ländern in Afrika seit seiner Unabhängigkeit 1960 nie einen gewaltsamen Putsch, stattdessen zwei relativ friedliche demokratische Wechsel in den vergangenen zwei Jahrzehnten erlebt hat und als afrikanische Vorzeigedemokratie gilt. Gleichwohl gibt es in dieser Hinsicht noch Probleme. So sitzt der Bürgermeister von Dakar, Khalifa Sall, seit Anfang März 2017 im Gefängnis, weil er sich politisch als möglicher Herausforderer des amtierenden Präsidenten zu sehr aus dem Fenster gelehnt hat; im Juli 2017 sind Parlamentswahlen.¹⁵

Nach dem Freedom-House-Index gilt das Land als «frei». Es weist gute Werte auf, was die politischen Rechte und die zivilen Freiheiten anbelangt.¹⁶ Auch die Häufigkeit von Gewalt in der Gesellschaft ist im Verhältnis zu vielen anderen afrikanischen Staaten deutlich geringer, politische Demons-

trationen bleiben meist friedlich. Der Drogenmissbrauch in der mehrheitlich islamischen Gesellschaft ist, wenn man die Zahl der KonsumentInnen zum Kriterium nimmt, im internationalen Vergleich unterdurchschnittlich.¹⁷ Die Familienstrukturen sind weitgehend stabil, doch auch im Senegal – legt man westliche Maßstäbe an – steht es um die Emanzipation der Frau nicht gut. Der Grad der sozialen Desintegration ist gering, obwohl die Wirtschaftskrise und der Neoliberalismus auch im Senegal gewütet haben und die Privatisierung der Lebensverhältnisse die Lebenschancen der vielen armen Menschen drastisch einschränkt,¹⁸ Familien unter der Last der sozialen Krise zusammenbrechen und die traditionellen Werte und Normen der islamischen Gesellschaft durch Globalisierung und Individualisierung im Wandel begriffen sind.

Für soziale Stabilität im Land sorgten bislang vor allem die islamischen Sufi-Bruderschaften. Halt in der Religion finden auch die vielen gläubigen Menschen in Südafrika, doch im Senegal spielen die Marabouts, die islamischen Geistlichen, eine besondere soziale Rolle. Sie wirken als religiöse Führer und Coaches in schwierigen Lebenslagen, helfen ganz praktisch mit Geld und Verbindungen.¹⁹ Sie sind häufig der gute Onkel oder repräsentieren die Gemeinschaft, die Robert Putnam neben umsorgenden Schulen und Eltern zu Recht als notwendig erachtet, um der Gesellschaft angesichts der Wandlungsprozesse Stabilität und Zusammenhalt zu geben.²⁰ Nach Meinung des senegalesischen Historikers Mamadou Diouf sind es die Marabouts in Kombination mit der Politik, die der senegalesischen Gesellschaft den entscheidenden Halt geben.²¹ Offen bleibt die Frage, ob dieser soziale Zusammenhalt in einem Kontext rasch wachsender Bevölkerung, schwacher staatlicher Strukturen und zunehmender sozialer Ungleichheit sowie sich vor allem in den Städten weiter artikulierender demokratischer Ansprüche auch in Zukunft fortbestehen wird.

In vielen afrikanischen Staaten sind die demokratischen Errungenschaften der 1990er Jahre in Gefahr. Wie in Europa und anderswo hat sich auch in den afrikanischen Ländern ein Teil der politischen Eliten von den demokratischen Idealen verabschiedet oder sich diese nie wirklich zu eigen gemacht. Ermutigt durch die autoritären PopulistInnen und undemokratischen Regime in anderen Weltregionen, die die Demo-

kratisierungswelle der 1990er Jahre überdauerten, drängen diese Eliten gemeinsam mit den Massen an Enttäuschten, die ihnen in der Suche nach alter oder neue nationaler Größe folgen, voran.

Dr. phil. Armin Osmanovic studierte Geografie und Politikwissenschaften in Tübingen und Stellenbosch (Südafrika). Er unterrichtete an verschiedenen deutschen Universitäten und ist seit 2015 Büroleiter der Rosa-Luxemburg-Stiftung für Westafrika mit Sitz in Dakar. Zuvor leitete er von 2009 an das Büro der Stiftung in Johannesburg.

1 FRELIMO hatte den Unabhängigkeitskrieg gegen das portugiesische Kolonialregime angeführt. Mosambik wurde 1975 unabhängig. Die RENAMO begann nur zwei Jahre später, die FRELIMO-Regierung zu bekämpfen. Unterstützt wurden die RebellInnen vom südafrikanischen Apartheidregime, der damaligen rassistischen Regierung Rhodesiens (heute Zimbabwe) und den USA. Der Bürgerkrieg dauerte bis 1992. **2** Haile Mariam Mengistu regierte Äthiopien von 1977 bis 1991. Er hatte mit anderen Militärs Kaiser Haile Selassie 1974 gestürzt und in der Folge ein Militärregime (DERG) etabliert. 2006 wurde Mengistu in Abwesenheit wegen Völkermordes verurteilt. **3** Eyadéma regierte die ehemalige Kolonie des deutschen Kaiserreichs nach einem Militärputsch seit 1967. Er unterhielt sehr enge Verbindungen zu Frankreich, das das Land nach dem Ersten Weltkrieg als Kolonie verwaltete. Wie kaum ein anderer afrikanischer Staatsmann symbolisierte er die enge Verflechtung vieler afrikanischer Regierungschefs mit Frankreichs politischer Klasse. **4** Vgl. Cooper, Frederick: *Africa since 1940: The Past of the Present*, Cambridge 2002. **5** Vgl. Putnam, Robert: *Our Kids: The American Dream in Crisis*, New York 2016. **6** Vgl. Osmanovic, Armin: Am Ende des Regenbogens, 24.4.2015, unter: www.detektor.fm/politik/fremdenfeindlichkeit-unruhen-suedafrika. **7** Vgl. Ausschreitungen bei ausländerfeindlichen Protesten, 24.2.2017, unter: www.zeit.de/politik/ausland/2017-02/suedafrika-pretoria-polizei-demonstration-auslaender. **8** Vgl. Cooper, Frederick: *Citizenship between Empire and Nation. Remaking France and French Africa, 1945–1960*, Princeton 2014, S. 352 f. **9** Vgl. La préférence nationale en matière d'emploi, in: *Le Monde*, 8.3.2017. **10** Vgl. Mann, Gregory: *From Empires to NGOs in the West African Sahel: The Road to Nongovernmentality*, Cambridge 2014. **11** Die Open Society Foundations wurden von Soros 1993 gegründet. Auch in Afrika unterhält die Stiftung Büros, so etwa in Dakar (OSIWA) und in Johannesburg (OSISA). **12** Vgl. Osmanovic, Armin: Baschir weg aus Südafrika – das Problem noch da, in: *Neues Deutschland*, 18.6.2015, unter: www.neues-deutschland.de/artikel/974867.baschir-weg-aus-suedafrika-das-problem-noch-da.html. **13** Vgl. Arendt, Hannah: *Elemente und Ursprünge totaler Herrschaft. Antisemitismus, Imperialismus, totale Herrschaft*, 16. Aufl., München 2016, S. 246 ff. **14** Vgl. Thumfart, Johannes: Niedergang der Demokratie. Warum Populismus nicht die Ursache ist, in: *Spiegel Online*, 4.3.2017, unter: www.spiegel.de/kultur/gesellschaft/niedergang-von-demokratien-warum-populismus-nicht-die-ursache-ist-a-1136016.html. **15** Vgl. Sénégal: le maire de Dakar inculpé et écroué pour détournement de fonds, 8.3.2017, unter: www.rfi.fr/afrique/20170308-maire-dakar-khalifa-sall-inculpe-ecroue-detournement-fonds. **16** Vgl. Freedom House: *Senegal. Freedom in the World*, unter: www.freedomhouse.org/report/freedom-world/2016/senegal. **17** Vgl. Osmanovic, Armin: *Schmuggel ist normal. Illegale Geschäfte, eine «heilige Stadt» und der Staat im Senegal*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen 34, Berlin 2017. **18** Vgl. Osmanovic, Armin: *Senegal Emergent. State Building zwischen Empire und Islam*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Analysen 28, Berlin 2016. **19** Vgl. Jolys, Odile: «Ohne die religiösen Führer würde das Land vor die Hunde gehen», Interview mit dem Afrika-Experten Mamadou Diouf über Islam und Politik im Senegal, in: Schäfer, Peter/Tabbara, Tanja: *Dialog mit dem Politischen Islam III*, hrsg. von der Rosa-Luxemburg-Stiftung, Materialien 20, Berlin 2017, S. 22–27. **20** Vgl. Putnam: *Our Kids*. **21** Vgl. Jolys: «Ohne die religiösen Führer».

IMPRESSUM

STANDPUNKTE 6/2017 erscheint online und wird herausgegeben von der Rosa-Luxemburg-Stiftung
V. i. S. d. P.: Henning Heine
Franz-Mehring-Platz 1 · 10243 Berlin · www.rosalux.de
ISSN 1867-3171 (Internet)
Redaktionsschluss: März 2017
Lektorat: TEXT-ARBEIT, Berlin
Satz/Herstellung: MediaService GmbH Druck und Kommunikation